

Reiner Bischoff
Brühlstr.13
73527 Täferrot
Fernruf: 07175/6511

September 2006

Ungelöste Geldfrage – unlösbare Weltkrisen

Alle Erdbewohner bzw. alle Völker der Welt sehen sich heutzutage einer Unzahl unbewältigter Herausforderungen gegenüber, wie es sie in dieser Schärfe wohl noch nie gegeben hat: Kriege, wohin man blickt; beispiellose Naturausplünderungen, mit schlimmen Folgen: Artensterben, Klimawandel, unbegrenzter Flächenverbrauch usw.; immer schärfere soziale Gegensätze: einerseits Überreichtum, andererseits Massenarmut; bedrohlicher Nord-Süd-Konflikt; vielmillionenfache Arbeitslosigkeit allüberall; ungleichgewichtiges Menschheitswachstum; neue Völkerwanderungen; Absterben der Völker- und Kulturenvielfalt; Gemeinschaftszerfall, beginnend bei der Ur-Einrichtung Familie; Krise der Sozialsysteme; überbordende Verschuldung – des Staates, der Wirtschaft, der Privathaushalte – in fast allen Ländern; usw. usf.

Die Grundursache all solcher Schwierigkeiten – so die These dieser Abhandlung – ist an erster Stelle die immer noch ungelöste soziale Frage.

Sie trägt einen bekannten Namen: **Kapitalismus**.

Was aber ist Kapitalismus?

Das maßgebliche *Gabler-Wirtschafts-Lexikon* (13. Auflage 1993) beantwortet die Frage so: „*Historisierende und ... wertende Bezeichnung für die neuzeitlichen privatwirtschaftlichen Marktwirtschaften mit dominierendem Privateigentum an den Produktionsmitteln und dezentraler Planung des Wirtschaftsprozesses.*“ **Kapitalismus wird hier also grundsätzlich gleichgesetzt mit Marktwirtschaft.** Ähnliche Begriffsauslegungen finden sich in den meisten Lexika und ökonomischen Fachbüchern.

Mit Verlaub gesagt: **Diese Begriffsgleichsetzung ist grundfalsch.** Sie läuft geradezu auf eine Verschleierung hinaus. In Wahrheit gibt es kaum einen größeren Gegensatz als den zwischen Kapitalismus und Markt- bzw. Wettbewerbswirtschaft. Sie stehen sich als genaue Antipoden gegenüber, als falsch oder richtig bzw. als lebenszerstörend gegen lebenserhaltend. Die Marktwirtschaft ist etwas durchaus zu Bejahendes. Sie ist eine Grundvoraussetzung gesellschaftlicher Freiheit. Eines ihrer Hauptmerkmale ist, daß der Unternehmer frei planen kann. Freilich, ein guter Wettbewerb setzt strenge Verhaltensregeln voraus. Sie sollen auch sachentsprechend sein. Beim Boxsport z.B. beachtet man unterschiedliche Gewichtsklassen und schickt nicht etwa einen Fliegengewichtler zu einem Zwei-Zentner-Mann in den Ring. Ein Wettbewerb muß zudem überwacht werden, wozu es unparteiischer und durchsetzungsfähiger Schiedsrichter bedarf. Eine Marktwirtschaft kennzeichnet sich ferner durch selbststeuernde Mechanismen, wozu an erster Stelle das Spannungsverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage und freie Preisbildung gehören.

Um Mißverständnisse von vorneherein auszuschließen: Der **Kommunismus** ist und war niemals ein segenbringendes Gegenprogramm! Deshalb: Westlicher Konzernkapitalismus und

einstiger Staatskapitalismus (Marxismus-Kommunismus) sind in Wahrheit nahverwandte, nämlich monopolistische und wettbewerbsfeindliche Systeme: Der letztere ist dem ersteren in Sachen Zentralisierung und Enteignung lediglich eine gewisse Wegstrecke voraus.

Geschichtlicher Rückblick

Was also ist Kapitalismus? Zunächst einmal muß man ihn als den **Todfeind** der Marktwirtschaft bezeichnen. Schon bald nach der Währungsreform, nach 1948, zeigte sich das, trotz Ludwig Erhards Gegenwehr, von neuem. Und in den 80er Jahren deckte eine von der Bundesregierung eingesetzte fünfköpfige Monopolkommission katastrophale Zustände auf. Der *Spiegel* berichtete damals (49/1986): *"Was dabei herauskam, ist das Bild einer von Oligopolen geprägten Wirtschaft – eines Systems, in dem wenige Marktführer Preise und Produkte festlegen ... In weiten Teilen der Wirtschaft bestreiten jeweils die drei größten Unternehmen mehr als 60 Prozent der Produktion ... In der Mediensparte wird sich die Konzentration noch beschleunigen ... Die Aufkäufer haben Hochkonjunktur ... Noch nie kam die Unternehmenskonzentration so flott voran ... Quer durch alle Wirtschaftsbereiche ... ist das große Fressen in vollem Gange."*

Nach dem Kauf lasse die Leistungsfähigkeit der Firmen meist nach: *"Die Einbindung in einen größeren Konzernverband bedeutet eben: weniger Beweglichkeit, längere Entscheidungswege und mehr Administration ... Kleinere Unternehmen, so geht aus den Statistiken der deutschen Monopolkommission hervor, arbeiten effizienter."*

Der Wettbewerb werde immer mehr zurückgedrängt, was zu bedauern sei, denn: *"Wo die ökonomische Verfügungsgewalt auf einige Dutzend Spitzenmanager aus Banken, Handelsunternehmen und Produktionsbetrieben konzentriert ist, da wächst eine zu starke Gegenmacht zu den staatlichen Organen; da regieren am Ende Leute, deren Herrschaft kaum kontrolliert ist ... Demokratie und Wettbewerbswirtschaft bedingen einander ... Eine kleine Kaste vorwiegend angestellter Manager, mittendrin die Herren des großen Geldes, regiert über das westdeutsche Firmen-Konglomerat. Diese Gilde aus dem Geldwesen und dem Gewerbe sorgt dafür, daß der Konkurrenzdruck nicht allzu lästig wird ... Es sind nicht viele, die in den oberen Zirkeln mitreden dürfen. Stets fallen, wenn es um Wichtigeres geht, die gleichen Namen. Auf rund 100 schätzen Kenner den Kreis dieser Wirtschaftsführer."*

Der einstige Kartellamtschef Wolfgang Kartte kam deshalb zu dem Urteil (*Spiegel*, 46/1989): *"Den Rubikon zwischen der Marktwirtschaft Ludwig Erhards und einer von Gruppeninteressen beeinflussten Industriegesellschaft haben wir längst überschritten. Wir leben heute in einem gemischtwirtschaftlichen System. Wirtschaftliche Macht gab es auch damals, aber sie konzentriert sich immer mehr auf immer weniger Akteure."*

Und seither, insbesondere nach Errichtung der EU, haben sich diese *"Konzentration auf immer weniger Akteure"*, die Firmenfusionen, die Pleiten (vor allem bei mittelständischen Betrieben), kurzum: die Ausschaltung des freien Wettbewerbs, beschleunigt fortgesetzt.

Endgültige Klärung

Was ist dann Kapitalismus? Zunächst: **Was ist Kapital?** Befragt man hierzu die Lexika, stößt man auf eine krause Fülle von Angaben. Doch auch durchaus Richtiges befindet sich darunter. Z.B. schreibt der *Große Brockhaus* (1997) unter dem Stichwort „Kapital“ ganz unzweideutig: *"Ursprünglich Bezeichnung für eine zum Ausleihen bestimmte und Zinsertrag versprechende Geldsumme."* Daraus ergibt sich zwingend: **Kapitalismus ist nichts anderes als – Zinswirtschaft.** Wenn aber im selben Absatz einige Zeilen weiter der Satz folgt: *"Heute ist Kapital allgemein der Bestand einer Volkswirtschaft an sachlichen Produktionsmitteln"*, so ist das zwar nicht falsch, aber unvollständig. Denn Sachkapital – teils mit eigenen Mitteln erstanden, vor allem aber mit zinsheischenden Bankdarlehen finanziert – muß gleichfalls

einen "Zinsertrag" abwerfen, weil andernfalls das betreffende Unternehmen in Kürze bankrott wäre. Genauer gesprochen: Der Geldzins ist das Primäre; der Sachkapitalzins ergibt sich daraus, ist also sekundär. Verschwindet der Geldzins, sind zwangsläufig auch die Sachgüter – Maschinen, Gebäude, usw. – nicht mehr zinstragend, sind also kein Kapital mehr.

Demnach gilt, so meine ich, unwiderleglich: **Kapitalismus ist Zinswirtschaft** (auch Börsenwirtschaft). Und wegen dieser Zins- und Renditepflichtigkeit des Geldes ist die Marktwirtschaft – sind auch alle anderen Gesellschafts- und Lebensbereiche – einem letztlich tödlichen Würgegriff ausgeliefert. Der Zins setzt nämlich mehrere Fehlentwicklungen in Gang.

Zinsbedingte Vermögensballung

Erstens: Der Zins ist die Hauptursache der zunehmenden Aufspaltung einer jeden Gesellschaft in reich und arm, überwiegend nach dem Muster des Unterhaltungsspiels Monopoly: Wer schon reich ist, wird durch die vermögensumschichtende Wirkung des Zinses leistungslos immer reicher, auf Kosten der arbeitenden Mehrheit; denn Zinsen zahlt man nicht nur nach Erhalt eines Bankdarlehens, sondern in weit größerem Ausmaß, ohne sich dessen bewußt zu sein, bei der Entrichtung von Steuern, hauptsächlich aber beim alltäglichen Einkauf (durchschnittlicher Zinsanteil in den Preisen: etwa 30 Prozent!); denn Staat wie Wirtschaft sind hochverschuldet und überwälzen natürlich ihre Zinslasten auf die Landesbürger. Darüberhinaus gibt es für Reichere, und insbesondere vielfache Millionäre bzw. Milliardäre, eine lange Reihe weiterer Möglichkeiten, ihren Reichtum zu mehren: an der Börse, mittels Steuerschlupflöchern, usw. Insgesamt geht es bei dieser Umverteilung von unten nach oben nicht um Kleckerbeträge, sondern um Hunderte von Milliarden jährlich. Im *Spiegel* hieß es dazu vor nicht allzulanger Zeit (49/2004): „**Daß die Reichen immer reicher werden, ist jedoch nicht allein der Regierung anzulasten. Denn Vermögen mehrt sich durch Zins und Zinseszins automatisch. Wer erst einmal über einen gewissen Reichtum verfügt, kann eigentlich nur noch reicher werden.**“

Worauf ich hinaus will: Traurige Tatsache ist, daß viel Geld, zielbewußt eingesetzt, seit jeher, und insbesondere heute, „die Welt regiert“: über Pressebeherrschung; Herstellung einer zwingenden öffentlichen Meinung; Lenkung des Wissenschaftsbetriebs; Ausnutzung finanzieller Abhängigkeitsverhältnisse; Errichtung von Marktmonopolen usw. Angesichts solcher finanziellen, politischen und weltanschaulichen Übermacht wird es einer kleinen Schar wohlmeinender und wahrhaft nationalgesinnter Politiker, sofern sie überhaupt an die Hebel der Regierungsmaschinerie geraten, kaum gelingen, entscheidende Änderungen herbeizuführen.

Zinsen sind bisher reichlich angefallen. Für das Jahr 2001 nennt der *Spiegel* (33/2002), bezogen allein auf die Privathaushalte, 180 Mrd. Euro, also 352 Mrd. DM (übrigens: Die *Deutsche Bundesbank* nennt weit höhere Zinseinkünfte). Zählt man die Einkommen aus Sachvermögen (was auch Bodenbesitz einschließt) hinzu, dürfte sich im genannten Jahr die leistungslose Bereicherung aus Zins-, Grundrenten-, Dividenden- und Börsengewinnen auf schätzungsweise 500 Mrd. DM vermehrt haben. Wohlgemerkt: Solch ein Geldsegen kommt vor allem einer ohnehin schon überreichen Minderheit zugute! Und erarbeitet hat ihn die große Mehrheit!

Zinsbedingter Wachstumszwang

Aber es kommt noch schlimmer: Bekanntlich ist es eine Erfahrungstatsache, daß die Wirtschaft immerfort, und zwar mit möglichst hohen Prozentsätzen, wachsen muß, sofern das Land nicht – siehe den heutigen Zustand der BRD – im Schulden- und Arbeitslosenelend

versinken soll. Aber offensichtlich weiß so gut wie niemand, auch die Fachleute nicht, warum das so ist. Um es kurz zu machen: Auch hier spielt der Zins eine äußerst verhängnisvolle Rolle: Weil von den Sparbeträgen bei den Banken ein Großteil der Zinsen nicht abgehoben wird, vermehren sich die Geldvermögen aus sich heraus – nach dem Prinzip des Zinseszinses. Der ehemalige Herausgeber der *Wirtschaftswoche*, Wolfram Engels, schrieb hierzu: *"Ein weiteres Paradoxon ist die Beobachtung, daß aus Kapitaleinkünften mehr gespart wird als aus Arbeitseinkommen."* (*Der Kapitalismus und seine Krisen*. 1996, S. 69) Nicht zuletzt diesem Prinzip zufolge sind seit der letzten „Währungsreform“ (im Jahr 1948) die Geldvermögen (und nicht nur bei uns) unaufhörlich angestiegen. (Erst in den letzten Jahren kam dieser Zuwachs – infolge beispielloser Niedrigzinsen! – etwas zum Erliegen.) **Die Kehrseite zunehmenden Geldreichtums ist aber eine im Gleichschritt wachsende Gesamtverschuldung** – denn Geldbesitz will angelegt sein und erzeugt somit spiegelbildlich dazu Kreditverpflichtungen! Für Schulden aber müssen Zinsen gezahlt werden. Am meisten betroffen davon ist die hochverschuldete Wirtschaft (die über die Steuern zudem teilweise für die Zinsen aus der Staatsschuld aufkommen muß). **Wie aber können die Unternehmen die immerfort wachsenden Zinsforderungen erfüllen? Klar: Indem sie ihre Gütererzeugung unaufhörlich ausweiten. Der Zins bzw. der Zinseszinsmechanismus ist also die Grundursache des Wirtschaftswachstum-Zwanges;** des Weiterproduzierens bis zum Gehtnichtmehr, auch wenn der Bedarf der Menschen an vielen Massengütern schon längst gedeckt ist.

Das hat sehr viele sehr schädliche Folgen und Folgenketten. Beschränken wir uns hier auf eine davon, die zudem nur stichwortartig dargestellt werden soll: wirtschaftlicher Wachstumszwang – Verdrängungswettbewerb – Rationalisierungszwang (mehr Maschinen, mehr Rohstoff- und Energieverbrauch, mehr Arbeitslose) – Überleben der Kapitalstärkeren und Rücksichtsloseren – Verschwinden vieler klein- und mittelständischer Betriebe – immer größere wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen – immer mehr Zentralismus – Globalisierung – Imperialismus – Weltbeherrschungspläne.

Westlicher Konzernkapitalismus ist also Zins- und Börsenwirtschaft, ist entschieden zentralistisch und damit das genaue Gegenteil und der Todfeind der von Hause aus freiheitlichen und lebensrichtigen Markt- und Wettbewerbswirtschaft (siehe deren Kennzeichnung am Abhandlungsanfang). Er führt zwangsläufig all das herbei, was jeder verständige Bürger als Fehlentwicklung geißelt.

Es dürfte kaum einen gesellschaftlichen Übelstand geben, der nicht irgendwie mit der Zinsfrage verknüpft ist. Daraus muß man unabweisbar den Schluß ziehen, daß die Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit als wichtigstes die Überwindung des Kapitalismus, d.h. des Renditeunwesens, voraussetzt.

Es gibt nur einen einzigen Ausweg aus der heutigen weltweiten Gefahrenlage: durch Schaffung eines besseren Geld- und Bodenrechts Geldzins (und Grundrente) und die andauernden Währungsschwankungen – mal Inflation, mal Deflation – zum Verschwinden zu bringen. Wie das zu geschehen hat, ist in seinen Grundzügen seit gut hundert Jahren bekannt. Damit würde man eine seit Jahrtausenden schwärende soziale Grundkrankheit endlich ursachengemäß heilend angehen. Wenn sich Bürgerbewegungen, Verbände, Parteien – welchen lebensrichtigen Themen sie sich auch widmen – um diese Aufgabe herumdrücken, können sie, das liegt in der Logik der Sache, niemals größeren oder gar anhaltenden Erfolg erzielen.

Die große Geistesverwirrung

Auf Einladung des Wochenmagazins *Der Spiegel* haben kürzlich (25/2006) Literaturnobelpreisträger Günter Grass und Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner ein „Streitgespräch“ geführt. Moderiert wurde es von dem einstigen *Woche*-Gründer und

jetzigen Chefredakteur Manfred Bissinger. Unter anderem ging es auch um wirtschaftstheoretische Fragen. Das Gespräch kann als Beispiel dafür dienen, welche falsche Vorstellungen hinsichtlich entscheidender wirtschaftlicher Grundbegriffe selbst in den Köpfen maßgeblicher bundesrepublikanischer Geistesgrößen anzutreffen ist.

Das zeigen bereits Döpfners erste Auslassungen zum Thema: „Für mich ist Freiheit wichtigste Voraussetzung für eine humane Gesellschaft.“ Er fügt hinzu: „Freiheit des Eigentums, des Handels. Sie können es auch Kapitalismus nennen.“

Anmerkung: Die aufgezählten Merkmale betreffen ausschließlich die Marktwirtschaft. Döpfner setzt die beiden Wirtschaftsformen, lehrmeinungsfromm und lexikongerecht, also völlig gleich.

Grass hat den Kapitalismus so erlebt: „Unser Erfolgsrezept nach dem Krieg war, den Kapitalismus zu zügeln. Da waren sich sogar SPD und CDU einig. Heute droht das zu bröckeln. Stichworte sind die schon erwähnte Industrielobby oder das großmäulige und widerliche Verhalten der oberen Etagen, der Banken, die einfach absahnen, um im Jargon der ‚Bild‘-Zeitung zu formulieren. Das ist grauenhafter, ungezügelter Kapitalismus.“

Bissinger ergänzte: „Helmut Schmidt hat vom Kapitalismus als entfesseltem Raubtier gesprochen.“

Anmerkung: Der Kapitalismus ist von seinem Wesen her, als zwanghaftes Renditesystem, schwerlich zu „zügeln“. Ein Schuldner, sei es im privaten oder im unternehmerischen Bereich, muß Zinsen erzielen. Und das fällt immer schwerer, je geringer die wirtschaftlichen Wachstumsraten sind. Dann sind „raubtierhafte“ Vorgehensweisen angesagt. Dann muß rationalisiert werden, dann muß man den Betrieb ins kostengünstigere Ausland verlagern – dann muß man massenhaft Arbeiter entlassen. Ferner: Wenn der Kapitalismus, z.B. in Deutschland „nach dem Krieg“ und nach der Währungsreform (1948), zahmer erschien, dann einfach deshalb, weil infolge der umfassenden kriegsbedingten Zerstörungen und nach der bereinigenden Spargeldvernichtung nur noch wenig Kapital vorhanden war. Das „Raubtier“ befand sich also noch im Stadium eines Kuscheltierchens. Man vergleiche: 1950 beliefen sich die gesamten Geldvermögen auf mickrige 50 Milliarden DM; im Jahr 2000 waren sie auf 11.936 Milliarden DM angeschwollen! In den ersten Nachkriegsjahrfünften war der Güterbedarf noch riesig, die wirtschaftlichen Wachstumsraten dementsprechend hoch. Infolgedessen nahm auch der allgemeine Wohlstand zu. Und alle priesen das angebliche Geschwisterpaar soziale Marktwirtschaft und Kapitalismus. Heute aber zeigt sich die allesvernichtende Bestie Kapitalismus bzw. Zinseszins-Hydra in ihrer ganzen „Grauenhaftigkeit“. Und es wird noch schlimmer kommen.

Döpfner jedoch ist hier der Ansicht: „Der Kapitalismus in Deutschland ist eine fett und träge gewordene Hauskatze ... Das Problem unserer schwindenden wirtschaftlichen Erfolge ist nicht ungezügelter Kapitalismus, sondern daß wir ein immer verklemmteres, negativeres Verhältnis zum Kapitalismus entwickeln.“

Anmerkung: Es ist klar, Döpfner hat hier die Marktwirtschaft im Auge, die freilich inzwischen – kapitalismusverursacht! – restlos entstellt ist und kaum mehr diesen Namen verdient (siehe hierzu die weiter vorn wiedergegebenen Spiegel-Auszüge und Wolfgang Karttes Einschätzung der damaligen Wirtschaftsverfassung – die sich inzwischen freilich noch verschlimmert hat). Was Döpfner aber übersieht: Der Zins vor allem ist es, der die Vermögensballung in den Händen weniger beschleunigt – seien es Privatleute oder Firmen –, so daß aus einer mittelständischen immer mehr eine Konzernwirtschaft geworden ist. Man könnte auch sagen, daß sich das Land immer mehr in Richtung Kommunismus, d.h. Staatswirtschaft, entwickelte und entwickelt. Denn wenn viele Einwohner, auch Firmen und Branchen, wegen der kapitalistischen Sachzwänge immer mehr verarmen, dann freilich müssen die staatlichen Organe helfend eingreifen. Dann kommen sie nicht mehr darum herum, Vermögen umzuverteilen, eigene Preisfestsetzungen vorzunehmen und sich darüberhinaus, auch um der Gunst der Wählerschaft willen, immer mehr zu verschulden;

wobei das letztere leider auf Kosten der zukünftigen Generationen geschieht. Ordnungspolitisch unangebrachte staatliche Einmischungen bedeuten jedoch immer auch: mehr Bürokratie. Zu all dem eine *dpa*-Meldung aus jüngerer Zeit (*StN*, 17.8.2006): „Über 41,5 Prozent aller Haushalte in Deutschland leben von öffentlichen Unterstützungsleistungen wie Hartz IV, Sozialhilfe oder Rente und Pension. Dies bestätigte das Statistische Bundesamt am Mittwoch.“ Demgemäß beläuft sich gegenwärtig die Staatsquote (= Staatsausgaben in Prozent der Wirtschaftsleistung) auf etwa 48 Prozent. „Es sei Kommunismus, wenn die Abgabenlast auf über 50 Prozent angestiegen ist“, gab Bundeskanzler Kohl seinerzeit zu Protokoll (*StN*, 4.2.1995). – Diese Entwicklung hin zum – kommunismusähnlichen – Versorgungsstaat hat auch mit der Tatsache zu tun, daß die Völker seit jeher mit instabilen Währungen leben müssen. Auch bei uns wird der Geldwert seit Jahrzehnten inflationär ausgehöhlt. Wie soll da eine sichere private Altersvorsorge möglich sein? – Hierzu sei angemerkt: **Die in Rede stehende Verbesserung des Geldsystems würde nicht nur den Zins zum Verschwinden bringen, sondern auch eine dauerhaft stabile Währung ermöglichen!**

Über all das hat sich kürzlich Jürgen Offenbach, Chefredakteur der *Stuttgarter Nachrichten*, in zwei Leitartikeln – Überschrift: „Sozialismus West“ – heftig empört (29.7./5.8.2006). Auszüge: „Der Sozialismus Ost erlebt seine Wiedergeburt im Sozialismus West. Die Ironie des Schicksals ist dabei, daß dies mehr und mehr unter tatkräftiger Mithilfe einer vormals bürgerlichen und bekennend antisozialistischen Volkspartei geschieht, der CDU/CSU ... Die DDR ist tot, aber viele ihrer Leitsätze leben im wiedervereinigten Deutschland fort: Solidarität, Gleichmacherei, Kollektiv, Abwertung des Bürgertums und erst recht der ‚Reichen‘. Diese Begriffe ersetzen heute immer öfter Werte, mit denen das kapitalistische Westdeutschland dem kommunistischen Ostdeutschland Paroli bot: Leistung, Eigenverantwortung, Wettbewerb, soziale Marktwirtschaft ... Daß es dabei um mehr geht als um Semantik, zeigt sich darin, daß der ehemals bürgerliche Mittelstand seit 15 Jahren zusammenschrumpft – oder geschrumpft wird ... Aber dieser Mittelstand wird ausgebeutet durch Steuerschrauben und bodenlose Bürokratie. Er wird demoralisiert, weil sich Leistung immer weniger lohnt ... Stattdessen heißt die gebetsmühlenartige Fiskal-Formel, daß die ‚breiten Schultern‘ noch mehr tragen müßten.“

(Richtigstellung: Wenn Offenbach, wie seit DDR-Zeiten üblich, den Namen „Sozialismus“ gleichbedeutend mit der Bezeichnung „Kommunismus“ verwendet, ist das begrifflich falsch; denn „Sozialismus“ bedeutet von Hause aus soviel wie „Bemühung um soziale Gerechtigkeit“, ist also ein Wort mit zu bejahender Aussage.)

Grass konterte auf Döpfners Erklärungen so: „Erklären Sie mal den Leuten, die heute arbeitslos sind, warum gerade jetzt wieder die Gewinne explodieren und für die Menschen kein Mehrwert geschaffen wird. Da schluckt eine Firma die andere, um Leute zu entlassen. Dafür soll ich den Kapitalismus lieben? Ich mache mir eher Sorgen um den Kapitalismus. Als Sozialdemokrat würde ich meine Partei auffordern, den Kapitalismus zu retten, denn wir haben leider nur noch diese eine Möglichkeit. Der Sozialismus kommunistischer Prägung hat völlig versagt, das wissen wir; der Kapitalismus ist übriggeblieben. Den müssen wir jetzt zivilisieren.“

Anmerkung: Den Kapitalismus, d.h. das Zinssystem, „zivilisieren“? Das geht nicht. Der Kapitalismus alias Zinsdiktatur muß stattdessen restlos beseitigt werden: durch eine Verbesserung des altüberlieferten Geldsystems (und des gleichfalls fehlerhaften Bodenrechts)! Grass, Döpfner und Bissinger wissen offensichtlich nicht, daß es jenseits von Kommunismus und Kapitalismus tatsächlich eine dritte, wahrhaft freiheitliche Gesellschaftsordnung gibt.

Döpfner beendete diesen Teil des Streitgesprächs hochzufrieden mit den Worten: „Also, die Aktion ‚Rettet den Kapitalismus‘ können wir uns gemeinsam auf die Fahne schreiben.“

Abschließend: Solange von den führenden Leuten nicht erkannt wird, worin das wahre Wesen des Kapitalismus besteht – und das wird sich leider nicht so schnell ereignen –, kann es nicht nur mit Deutschland, sondern überall in der Welt nur abwärts gehen.

Lösungsansatz

Was ist zu tun? Schlichte Zinsverbote, wie sie in früheren Jahrhunderten üblich waren, stellen freilich keinen Ausweg dar. Das gilt auch für zahlreiche weitere Vorschläge, das Zinsproblem zu lösen.

Ein paar grundsätzliche Überlegungen können hier weiterhelfen. Der Zins ist deshalb unentbehrlich, weil er als eine Art Umlaufsantrieb für (erübrigtes) Bargeld und Sichteinlagen (Buchgeld) dient. Der Zins hat aber, wie bereits dargestellt, äußerst zerstörerische Auswirkungen. Selbst als Anreiz, Spargeld längerfristig anzulegen, ist er keineswegs zuverlässig. Das zeigt sich immer dann, wenn der Zins – aus welchen Gründen auch immer – auf eine zu tiefe Stufe absinkt (und wenn zugleich der zweite Geldweitergabe-Ansporn, die einer Peitsche vergleichbare Inflation, sich der Nullgrenze nähert). Dann wird Geld zunehmend aus dem Kreislauf herausgehalten, wird gehortet, entweder als kurzfristige Bankeinlage – oder wortwörtlich in einem Tresor zu Hause. Genau diese Entwicklung hat vor bereits einem Jahrzehnt in Japan eingesetzt. Und eben deshalb ist dieses Land immer tiefer in eine Deflationskrise hineingeraten. Es geht also darum, für Bar- und Buchgeld statt des Zinses einen besseren Umlaufsantrieb zu finden.

Aber zuvor sollte man sich fragen, weshalb es den Zins überhaupt gibt. Die Antwort darauf hat – erstaunlicherweise wird das von den Fachwissenschaftlern so gut nie zur Sprache gebracht – der wohl berühmteste Nationalökonom des 20. Jahrhunderts, John Maynard Keynes, gegeben. Man findet sie in seinem Hauptwerk *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* (1936). Darin setzt er sich in vielen Kapiteln äußerst gründlich auch mit Silvio Gesells Freiwirtschaftslehre auseinander und gibt dabei diesem Querdenker, er lebte von 1862 bis 1930, weitgehend recht. Keynes erklärt das Vorhandensein des Zinses so (Duncker & Humblot, Berlin, 3. Auflage 1966, S. 143): Liquidität (Bargeldbesitz) sei aus drei Gründen höchst wertvoll: Sie genüge erstens dem „Umsatzmotiv“ (als jederzeitige Geschäftsfähigkeit), zweitens dem „Vorsichtsmotiv“ (als Risikovorsorge) und drittens dem „Spekulationsmotiv“ (als sofortige Zugriffsmöglichkeit bei günstigen Angeboten). Soll man als Geldbesitzer auf diese Liquiditätsvorteile verzichten, verlange man dafür einen Preis. Der Zins ist also bei der heutigen Geldbeschaffenheit ein durchaus berechtigtes Entgelt! Keynes wörtlich: „Der Zinsfuß [ist] die Belohnung für die Aufgabe [= Verzicht] der Liquidität für einen bestimmten Zeitabschnitt.“ Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Silvio Gesell, den Begründer der Freiwirtschaftslehre, empfiehlt er nun, auf alles Bargeld eine Art Parkgebühr, also eine Umlaufsicherungsgebühr zu erheben, eine „Liquiditätsprämie“. Sie dürfte sich zwischen 3 bis 6 Prozent bewegen. Auf diese Weise nehme man dem Geld seine Hortbarkeit und zwingt es zu einem stetigen Kreislauf durch die Wirtschaft, auch ohne Zinsbelohnung. Er bezeichnete dies als den „vernünftigsten Weg ... um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus loszuwerden.“ (Richtiger gesprochen: Die Marktwirtschaft würde vom Kapitalismus, das heißt von der Zinsträchtigkeit, befreit.) Obwohl solche Überlegungen in Keynes'ens Buch viele Seiten füllen, werden sie von den Ökonomeprofessoren weltweit leider mit Nichtachtung gestraft und also öffentlich nicht behandelt.

Mehr als dieser kurze Hinweis zum Thema verbessertes Geldrecht ist im beschränkten Rahmen der vorliegenden Abhandlung nicht möglich. Man lege sie jetzt bitte nicht kopfschüttelnd zur Seite, weil man obigen Lösungsvorschlag möglicherweise kurios findet, um sich dann angeblich ernsthafterer Lektüre zuzuwenden. Dafür ist die Weltlage zu ernst! Wer Genaueres wissen will: In meinem Buch – *Entmachtung der Hochfinanz*. (Untertitel:

Demokratie, Frieden, Arbeit für alle, Natur- und Kulturbewahrung sind möglich) – sind der schicksalschweren Frage einer besseren Währungsordnung 53 Seiten gewidmet. Es geht darin auch um die Aufgabe, wie die Landeswährung dauerhaft stabilisiert werden könne.

Ins Gewissen geredet

Gemeint sind alle, die sich – als einzelne, Gruppen, Verbände, Parteien, sonstige Zusammenschlüsse – ernsthaft darüber Gedanken machen, wie man im jeweils bearbeiteten Krisenbereich gemäß Lebensrichtigkeit durchgreifende Verbesserungen erzielen könnte; und die dann dementsprechende Szenarien zu entwerfen bemüht sind.

Folgendes aber sollte deutlich geworden sein: **Die unerläßliche Voraussetzung irgendwelcher Erfolge ist die Überwindung des Kapitalismus, d.h. des Zinswesens; denn dieses ist die gemeinsame Grundursache so gut wie aller Fehlentwicklungen.**

Beispiele (wobei die systembedingten Verhinderungsgründe nur kurz angesprochen werden können):

- Beendigung der Naturausplünderung? – Ohne Beseitigung des (zinseszinsverursachten) wirtschaftlichen Wachstumszwanges mit seinem ungeheuerlichen Rohstoff- und Energieverbrauch (und entsprechendem Müllanfall) geht das nicht.

- Schließung der Kluft zwischen Überreichtum und Massenverarmung? – Vergebliches Unterfangen. Vor allem deshalb, weil durch Zins und Zinseszins die ohnehin Begüterten leistungslos und auf Kosten der Wenigverdiener immerfort reicher werden.

- Herstellung sozialer Gerechtigkeit? – Unmöglich. Siehe oben.

- Entmachtung der internationalen Hochfinanz? – Ein schlechter Witz. Denn in einem Zinsgeldsystem können, im Verein mit zunehmender Monopolmacht u.dgl.m., tonangebende Konzernlenker, Megabankiers und Weltstrategen nur immerfort vermöglicher und einflußreicher werden.

- Bessere Demokratie? – Wahre Demokratie setzt eine breite Streuung von Geldmitteln und Mitsprachemöglichkeiten voraus. Und sind die im Kapitalismus gegeben?

- Keine Kriege mehr? – Solange, bei zinseszinsbedingtem Wachstumszwang und gleichbleibender „Teich“- bzw. Erdballgröße, ein wirtschaftlicher und politischer Überlebenskampf unvermeidlich ist, solange wird es ein gegenseitiges „Auffressen“ und also immerfort Kriege geben.

- Überwindung der Arbeitslosigkeit? – Wie soll das gelingen, wenn zunehmend Kaufkraft der Massen nach oben, zu den Millionäre und Milliardenären gelangt, welche diese Geldmittel überwiegend zur Heckung neuer Geldströme nutzen?

- „Raumorientierte“ Volkswirtschaft? Beendigung der Globalisierung? – Kann man vergessen: Der zinsbedingte wirtschaftliche Wachstumsdruck hat Verdrängungswettbewerb und Rationalisierungszwang zur Folge, den nur die kapitalstärksten Firmen überleben (keineswegs stets die besten). Weitere Folge: immer größere Konzerne und Strukturen; lokale, regionale, schließlich nationale Wirtschaftskreisläufe sterben ab.

- Rückbesinnung auf die Familie? Wieder mehr Kinder? – Antwort: Im Zinssystem, im Kapitalismus also, wird nur hergestellt, was einen Zins, was eine möglichst hohe Rendite abwirft. Handarbeit etwa ist viel zu zeitaufwendig, ist also unrentabel. Eben deshalb stirbt die naturangepaßte Landwirtschaft ab; wird die häusliche Essenszubereitung zur Belastung; hört auch deshalb das Aufziehen eigener Kinder auf; usw.

Soviel zur Klarstellung, daß ohne eine sachrichtige Umgestaltung des altüberlieferten Geldwesens (auch des Bodenrechts) nirgendwo eine dauerhafte Besserung zu erwarten ist.

Aufruf zum Handeln

Dennoch, folgendes sollte man erkannt haben: Die Lage ist nicht hoffnungslos. Auch nicht hinsichtlich der Erhaltung der schöpfungsgewollten Völkervielfalt. Es gibt einen rettenden Ausweg. Es ist der einzig mögliche. Er heißt: **Abschaffung des Zinsunwesens**. Dann allerdings eröffnete sich der Menschheit eine neue, eine weit bessere Epoche.

Wie das in Gang zu setzen wäre, spricht sich allmählich herum. Die Aufgabe besteht darin, das überlieferte Geldsystem (auch das Bodenrecht) von einigen entscheidenden Mängeln zu reinigen. In Deutschland wissen bereits Zehntausende darüber Bescheid, wie das zu geschehen hätte. Es gibt inzwischen sogar eine Anzahl Versuche, das theoretische Wissen in die Praxis umzusetzen, z.B. durch die Schaffung von Regionalwährungen.

Es wäre an der Zeit, daß auch nationalgesinnte Kreise, die den drohenden Untergang des eigenen Volkes vor Augen haben und bisher größtenteils wie gelähmt dabeistehen, endlich aufwachen und sich der Geldthematik annähmen. Bücher, Broschüren und Zeitschriften hierzu gibt es inzwischen reichlich. Das eröffnete ganz neue Aussichten und Handlungsmöglichkeiten. Noch besser: Wahre Patrioten sollten nicht die Gelegenheit versäumen, hierbei eine führende Pionierrolle zu übernehmen.

Die Befassung damit brächte einen weiteren Vorteil: Die „rechten“ Kreise kämen allmählich aus der allgemeinen Verfemung heraus, trotz Pressehetze und Totschweige-Taktik. Denn auf der Grundlage eines „*Geldes ohne Zins und Inflation*“ (so der Titel eines freiwirtschaftlichen Buches) könnten sie ein Handlungsprogramm entwickeln, das bei seiner Verwirklichung die Forderungen des *Grundgesetzes* nach einer freiheitlich-demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung in einem bisher nicht vorstellbaren Maße erfüllte. Im Vergleich dazu nähme sich die von den heutigen Parteien geschaffene „demokratische“ Wirklichkeit ausgesprochen jämmerlich aus. Nationalbewußte Vorkämpfer für bessere Verhältnisse in Deutschland würden dadurch unangreifbar. Darüber hinaus könnten sie überzeugend dartun, daß nicht nur „*Demokratie*“, sondern auch „*Frieden, Arbeit für alle, Natur- und Kulturbewahrung*“ (so der Untertitel meines Buches) durchaus erreichbare Ziele sind.

Reiner Bischoff: **Entmachtung der Hochfinanz** (Untertitel: **Demokratie, Frieden, Arbeit für alle, Natur- und Kulturbewahrung sind möglich**), 2002, 407 S., 24,80 Euro, ISBN: 3-9808689-0-7. In Buchhandlungen leider nur über das „Verzeichnis lieferbarer Bücher“ erhältlich. – Bei Direktbestellung (Theodor-Storm-Versandbuchhandlung, 25884 Viöl, PF 1) sind Staffelpreise möglich, z.B. 10 St. für 105 Euro.

Reiner Bischoff, Oberstudienrat, gehörte neun Jahre lang dem BUND-Landesvorstand in Baden-Württemberg an und leitete dort den Arbeitskreis *Wirtschaft und Finanzen*. Er brachte mehrere Bücher heraus. Seine letzte Veröffentlichung *Entmachtung der Hochfinanz* erschien Mitte 2002. – R. Bischoff steht auch für Vorträge zur Verfügung.

Weitere Literatur zum Thema:

Helmut Creutz: *Die 29 Irrtümer rund ums Geld*, 300 S.; Professor (der Ökonomie) Bernd Senf: *Der Nebel um das Geld*, 250 S.; Bernd Senf: *Die blinden Flecken der Ökonomie – Wirtschaftstheorien in der Krise*, 303 S.; Günter Hannich: *Sprengstoff Geld*, 135 S. (Hannich veröffentlichte später noch mehr Bücher zur Geldfrage).

Schlußbemerkung: Diese Abhandlung wurde in der Februarausgabe 2007 der Vierteljahresschrift *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* veröffentlicht.